

# Kinder von Grenzgängern leben gefährlich

Österreichische Beamte verbieten dringende Geldüberweisungen aus Liechtenstein

Bregenz (VN-gt) Frank Breuß führte ein normales Studentenleben, schlug sich – wie viele andere auch – durchs Leben. Jetzt wird dem Vorarlberger zum Verhängnis, daß sein Vater Grenzgänger war, die meiste Zeit seines Lebens in Liechtenstein gearbeitet hat. Die österreichischen Behörden haben Frank buchstäblich den (Geld-)Hahn zugedreht.

„Ich erhalte aus Liechtenstein eine Halbwaisenrente“, erklärt Frank, „mein Vater hat dort jahrelang gearbeitet, ehe er vor zwei Jahren starb.“ Aus Österreich erhält der Student deshalb außer der Kinderbeihilfe so gut wie keine Unterstützungen. Jetzt hat sich seine Situation aber dramatisch zuspitzt. Seit zwei Monaten erhält er nämlich auch kein Geld mehr aus Liechtenstein.

Findige österreichische Beamten haben der zuständigen Versicherungsanstalt in Liechtenstein verboten, weiter-

„ .....

*Die Haltung und Vorgangsweise der Verantwortlichen in Österreich sind untragbar.*

FRANK BREUSS



.....“

hin Überweisungen nach Österreich zu tätigen, „aufgrund von Schwierigkeiten mit dem EWR

und der EU“, wie es heißt. Laut Beschluß der EU dürfen Leistungen nur noch jährlich und im nachhinein beantragt werden. Für einen Studenten, der sein Geld monatlich braucht, eine denkbar ungünstige Konstellation. „Das ist für viele Studenten das finanzielle Ende“, sagt Frank.

## In der Zwickmühle

Zusätzlich sorgt „Vater Staat“ dafür, daß der junge Mann jetzt weder ein noch aus weiß. „Ich wäre jetzt zum Arbeiten gezwungen, aber wenn ich mehr verdiene als 3899 Schilling brutto, verliere ich jeden Anspruch auf Förderung, zum Beispiel die Kinderbeihilfe.“ Im Klartext: Studenten sollen mit 1975 Schilling Kinderbeihilfe plus eventuell 3899 Schilling Zusatzverdienst ihr Leben bestreiten.

„Ich will keine Anti-EU-Haltung erzeugen“, betont Frank, „ganz im Gegenteil, ich bin eigentlich Befürworter. Aber die Haltung und Vorgangsweise der Verantwortlichen in Österreich sind untragbar. Ich finde es unverantwortlich, daß Österreich – ohne eine Mitteilung, ohne einen Brief, ohne eine Vorwarnung – die Zahlungen eines EWR-Staates an Kinder und Jugendliche in Österreich verbieten kann.“ Auf die Frage, wie lange es dauern kann, bis die Beamten festgestellt haben, ob sie so handeln mußten wie sie taten, konnten die Beamten – mit Verweis auf die bürokratischen Wege der EU – kein Datum nennen.